

## INHALT

1. Zwei Jahre vor der Wahl hat Rot-Grün-Blau die letzte Karte ausgespielt
2. CDU: Grenzkontrollen in Dänemark wären ein falscher Schritt für Europa
3. Pflegekammer von SPD, Grünen und SSW endgültig beschlossen
4. CDU-Antrag zur Sportstättenanierung von SPD, Grünen und SSW abgelehnt
5. Pressemitteilung der Koalitionsparteien mit Hilfe des Sozialministeriums verfasst
6. Marit Hansen ist neue Landesbeauftragte für den Datenschutz

15.07.2015

**Zwei Jahre vor der Wahl hat Rot-Grün-Blau die letzte Karte ausgespielt  
Landesregierung muss im Landtag scharfe Kritik einstecken**



Der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther

Eine Woche nach dem Koalitionsausschuss von SPD, Grüne und SSW und einen Tag nach der Vorstellung des Haushaltsentwurfes 2016 hat der Ministerpräsident heute im Landtag eine Regierungserklärung dazu abgegeben.

In seiner Antwortrede machte CDU-Fraktionschef Daniel Günther deutlich, dass zwischen dem Titel der Rede des Ministerpräsidenten „Rot-Grün-Blau Weichenstellungen für Schleswig-Holsteins Zukunft“ und der Realität enorme Differenzen bestünden. Wieder werde viel Geld dafür aufgewandt, um angeschlagene Minister aufzupäppeln. Die Landesregierung nehme mit ihrer Politik nicht nur der nächsten Generation ein gutes Stück Zukunft, sondern

auch der nächsten Landesregierung den Handlungsspielraum, kritisierte Günther.

Im Koalitionsausschuss hatten sich die Regierungsfractionen auf ein millionenschweres Ausgabenpaket verständigt. Vorgesehen sind mehr Mittel für die Hochschulen und eine Entlastung in Höhe von 100 Euro pro Kind bei den Krippengebühren. Gleichzeitig sieht der Haushaltsentwurf 2016 eine Reduzierung der Investitionen um 127 Millionen Euro vor. Die Investitionsquote fällt somit auf 6,2 Prozent – trotz Mehreinnahmen von 1,35 Milliarden Euro im Vergleich zu 2012.

„Sie beheben nur Baustellen, die Sie selbst geschaffen haben. Aber Sie beheben weder die alten noch die neuen Baustellen, die dazu gekommen sind. Seit dem Flüchtlingsgipfel ist beispielsweise in der Flüchtlingspolitik nichts passiert. Darum nehmen die Unklarheiten bei den Verantwortlichen von Tag zu Tag zu, auch weil diese Landesregierung weder im Voraus plant, noch vertrauensvoll kommuniziert“, kritisierte Fraktionschef Günther.

Die Albig-Regierung werde in die Geschichtsbücher eingehen, als eine Regierung, die eine Chance nach der anderen verpasst habe.

Ministerpräsident Albig und seinem Kabinett würden Ideen fehlen, mit denen sie dieses Land voranbringen und gestalten wollen. Dies zeige sich auch in der erneuten Herabsenkung der Investitionsquote.

Das Fazit des Oppositionsführers fiel drastisch aus: Zwei Jahre vor der Wahl habe die rot-grün-blaue Regierungskoalition ihre letzte Karte ausgespielt. Eine weitere Krise könne die Landesregierung nicht mehr mit Geld zuschütten, weil dafür keine Mittel mehr vorhanden seien.

Günther kritisierte zudem eine falsche Mittelverteilung bei der Kinderbetreuung. „Vom 100-Euro-Zuschuss pro Kind haben die ärmsten Schleswig-Holsteiner gar nichts. Von diesem Geld profitieren vor allem gut situierte Familien. Das Geld wäre in Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung besser aufgehoben“, so Günther.

---

### **CDU: Grenzkontrollen in Dänemark wären ein falscher Schritt für Europa Rückfall in nationalstaatliches Klein-Klein-Denken schwer vorstellbar**



Astrid Damerow, MdL

Auf Antrag der Fraktionen von FDP und CDU befasste sich der Schleswig-Holsteinischen

Landtag heute mit den von der neuen dänischen Regierung geplanten Grenzkontrollen.

„Durch das freie Übertreten von Grenzen innerhalb Europas können die Menschen das Zusammengehen Europas konkret erleben. Dieses zu ändern und wieder in nationalstaatliches Klein-Klein-Denken zu verfallen, ist für uns schwer vorstellbar,“ erklärte die europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, in ihrem Debattenbeitrag.

Vielmehr könnten die Probleme in der Europäischen Union besser solidarisch und gemeinsam gelöst werden. „Wir können und wir werden uns nicht in die Innenpolitik Dänemarks einmischen. Aber wir bitten unsere Nachbarn ihren Weg zu überdenken,“ so Damerow abschließend.

Link zum gemeinsamen Antrag von CDU und FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3100/drucksache-18-3172.pdf>

---

### **Pflegekammer von SPD, Grünen und SSW endgültig beschlossen**

**CDU: Regierung will mehr Kosten und Bürokratie für Pflegebeschäftigte**



CDU-Sozialpolitikerin Katja Rathje-Hoffmann

Trotz monatelanger scharfer Proteste sowohl der Beschäftigten, als auch der Arbeitgeber in der Pflege und der Gewerkschaften haben SPD, Grüne und SSW heute ihr Gesetz für eine Pflegekammer in zweiter Lesung verabschiedet.

Die sozialpolitische Sprecherin, Katja Rathje-Hoffmann, bekräftigte die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion. So soll es laut Kammergesetz Mitglieder mit unterschiedlichem Wahlrecht geben, für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen stehen der Kammer keine wirksamen Instrumente zur Verfügung, eine Einbeziehung der Arbeitgeber bei der Qualitätsentwicklung sowie die berufliche Fortbildung ist nicht gegeben. Starten soll die Pflegekammer mit veranschlagten 730.000 Euro Schulden. Dies waren laut Rathje-Hoffmann nur einige Kritikpunkte, die während der Anhörung im Sozialausschuss selbst von Befürwortern genannt wurden.

„Unbestritten ist, dass die Qualität der Pflege und der Ausbildung gesichert werden muss, dass die Anforderungen steigen und die körperliche Arbeitsbelastung nicht dazu führen darf, dass immer mehr Pflegekräfte vorzeitig aus dem Beruf aussteigen müssen oder wollen. Fakt ist, die Pflege braucht vor allem eine angemessene Wertschätzung und eine gute Bezahlung“, erklärte Rathje-Hoffmann.

Unbestritten sei aber auch, dass die neue Kammer gerade auf diese Belange keinen Einfluss habe und die Zahl der Kritiker fast täglich wachse.

Die Gewerkschaften ver.di und komba, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, selbst der SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg von der vehementen Befürworterin Birte Pauls halte nichts von der Zwangskammer.

Schleswig-Holstein und die Beschäftigten in der Pflege bräuchten keine Kammer, die im Wesentlichen nur Bürokratie und Kosten schaffe, so Katja Rathje-Hoffmann abschließend.

---

## **CDU-Antrag zur Sportstättenanierung von SPD, Grünen und SSW abgelehnt Ostmeier fordert Masterplan**



Die sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Barbara Ostmeier

Die Regierungsfractionen haben heute den Antrag der CDU-Fraktion auf ein Sanierungsprogramm für kommunale Sportstätten abgelehnt. Auch die von der CDU geforderte Verstetigung der Fördermittel für die Sportstättenanierung scheiterte an der Koalitionsmehrheit.

CDU-Sportexpertin Barbara Ostmeier hatte zuvor in ihrem Debattenbeitrag noch einmal auf den von zahlreichen Expertinnen und Experten bestätigten Sanierungsstau in Höhe von mindestens 55,2 Millionen Euro bei den Sportstätten im Land hingewiesen. Dies zeige die Notwendigkeit eines Generalplans.

Unbestritten sei, dass dem demografischen Wandel und einem veränderten Freizeitverhalten der Bevölkerung Rechnung getragen werden müsse. Sicherlich könne nicht jede Sportstätte in ihrer jetzigen Größe erhalten werden. Deshalb müsse eine abgestimmte Sportstättenbedarfsplanung auf den Weg gebracht werden, damit ein Sanierungsprogramm maximalen Nutzen bringen könne.

„Wir wollen den Fokus besonders auf Schulsportstätten legen, da sowohl die Schulen als auch die Vereine hier die meisten Nutzer sind“, betonte Ostmeier.

Die Kommunen hätten in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt über 61 Millionen für Sanierungsmaßnahmen aufgewendet. Sie wären bereit, auch mehr zu tun. Dazu seien

zusätzliche Mittel vom Land nötig, die verstetigt werden müssten. Dies hätten in der Anhörung sowohl die Sport- als auch die Kommunalen Spitzenverbände gefordert.

Besonders deutlich werde die Notwendigkeit aktuell beim Fördermitteltopf für Schwimmsportstätten. Bei einer Fördersumme von zwei Millionen Euro sei ein Antragsvolumen von knapp 4,1 Millionen Euro erreicht worden.

Link zum Antrag zur Sportstättenanierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3100/drucksache-18-3159.pdf>

---

### **Pressemitteilung der Koalitionsparteien mit Hilfe des Sozialministeriums verfasst CDU, FDP und Piraten fordern Klärung durch den Ministerpräsidenten**

Laut den „Dokumenteigenschaften“ einer von der SPD-Landesgeschäftsstelle versandten Pressemitteilung der Landesvorsitzenden von SPD, Grünen und SSW zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses vom 07. Juli wurde diese von einer Mitarbeiterin der Stabsstelle im Sozialministerium verfasst.

Die Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen, Daniel Günther (CDU), Wolfgang Kubicki (FDP) und Torge Schmidt (Piraten) haben Ministerpräsident Torsten Albig heute aufgefordert, den dadurch entstandenen Verdacht der Verquickung von Ministeriums- und Parteiarbeit in der Landesregierung unverzüglich aufzuklären. Ministerialbeamte dürften nicht von ihrem Arbeitsplatz aus aktiv Parteiarbeit für die Landesverbände von SPD, Grünen und SSW machen.

CDU-Fraktionschef Daniel Günther bezeichnete in diesem Zusammenhang als bemerkenswert, dass sich der Verdacht ausgerechnet gegen die Stabsabteilung von Sozialministerin Kristin Alheit richte. „Man sollte eigentlich glauben, dass ihre engsten Mitarbeiter sich darum kümmern, die von Frau Alheit eingeräumten Defizite in der Aktenführung des Ministeriums abzustellen. Offenkundig werden jedoch andere Schwerpunkte gesetzt. Vielleicht ist das der Grund, weshalb SPD, Grüne und SSW so erpicht darauf sind, die Arbeit in der Stabsstelle nicht näher zu beleuchten“, so Günther.

SPD-Landeschef Ralf Stegner versuchte, den Vorgang mit einem „technischen Fehler“ zu erklären. In dieser Pressemitteilung seien aus dem Sozialministerium zugeliferte Zahlen verwendet worden. Daran sei nichts zu beanstanden. Ein Dokument, das die Zahlen aus dem Sozialministerium beinhaltete, sei weiter verwendet worden, um den Gesamttext mit all den anderen Einzelheiten des Ergebnisses des Koalitionsausschusses zu erstellen.

Günther hakte nach. Es gehe nicht darum, ob in der SPD-Geschäftsstelle vergessen worden sei, ein neues Dokument anzulegen. Ministerpräsident Albig müsse erklären, weshalb Mitarbeiter der Landesregierung als Verfasser einer Parteipressemitteilung abgespeichert wurden. Albig äußerte sich heute nicht dazu.

---

### **Marit Hansen ist neue Landesbeauftragte für den Datenschutz CDU fordert Rücknahme der „Lex Weichert“**

Marit Hansen ist die neue Landesbeauftragte für den Datenschutz. Die bisherige Stellvertreterin wurde ein Jahr nach der von SPD, Grünen und SSW mit allen Mitteln versuchten aber letztendlich gescheiterten Wiederwahl von Dr. Thilo Weichert heute mit deutlicher Mehrheit im Landtag gewählt.

Der datenschutzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Axel Bernstein, gratulierte Hansen zu ihrer Wahl. Gleichzeitig forderte er eine Konzentration des ULD auf seine Kernaufgaben.

"Das ULD leistet in vielen Bereichen richtige und wichtige Arbeit. Es hat sich unter der Leitung von Dr. Thilo Weichert in manchen Bereichen aber auch verrannt und ist auf Spielwiesen unterwegs, die nach unserer Auffassung nicht zu den Aufgaben des ULD gehören", erklärte Bernstein in Kiel.

Deshalb wünsche die CDU-Fraktion der künftigen Landesbeauftragten viel Erfolg und immer den richtigen Blick auf Schwerpunkte und Zuständigkeiten des ULD.

Dr. Thilo Weichert gebühre Anerkennung dafür, dass er für das Thema Datenschutz immer öffentliche Aufmerksamkeit geschaffen habe. Seine abgewogene Stellungnahme zur dringend nötigen Einführung von Höchstspeicherfristen setze einen versöhnlichen Endpunkt unter viele inhaltliche Differenzen. „Wir wünschen ihm für die Zukunft alles Gute“, so Bernstein.

Der CDU-Abgeordnete forderte SPD, Grüne und SSW erneut auf, nun die unsägliche „Lex-Weichert“ zurückzunehmen."

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)